



Manfred Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Finanzausschusses

Wahlkreis Delitzsch – Torgau-Oschatz - Riesa

Manfred Kolbe, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus
(nördlich vom Reichstag)
Raum 6.334

☎ 030 / 227 – 73 480

☎ 030 / 227 – 76 664

✉ manfred.kolbe@bundestag.de

www.manfredkolbe.de

Berlin, 20. März 2009

Erklärung nach § 31 (1) GO des Deutschen Bundestages zur Abstimmung über das Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG)

Dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz kann ich nicht zustimmen, da meines Erachtens der richtige Weg für die Lösung der Problematik der Hypo Real Estate (HRE) und vergleichbarer Fälle die gesetzliche Einführung eines eingeschränkten Insolvenzverfahrens wäre. Dieses würde systemrelevante Unternehmen des Finanzsektors, die ohne staatliche Unterstützungsmaßnahmen faktisch insolvent wären, unter eine staatliche Restrukturierungsverwaltung der Finanzmarktstabilisierungsanstalt stellen. Ein entsprechender ausformulierter Gesetzentwurf wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgelegt, aber leider in der Großen Koalition verworfen.

Die Lösung über eine Enteignung ist der falsche Weg. Zum einen weil es aufgrund der faktischen Insolvenz der HRE wirtschaftlich nichts mehr zu enteignen gibt und den Aktionären der HRE (z.B. Herrn Flowers) eine Position eingeräumt wird, die ihnen gar nicht mehr gebührt. Zum anderen werden mit der Einführung eines Enteignungsverfahrens für ein ganzes Großunternehmen Ängste provoziert, die

Wahlkreisbüros:

04509 Delitzsch, Schulstraße 11, Tel: 034202/347388,
04838 Eilenburg, Leipziger Straße 25, Tel. 03423/602359
04860 Torgau, Holzweißigstraße 30, Tel: 03421/701736,
04758 Oschatz, Brauhausgasse 4, Tel: 03435/920296,
04683 Naunhof, Lindenstr. 10, Tel: 034293/47689, Fax: 034293/47690,
E-Mail: manfred.kolbe@wk.bundestag.de

geeignet sind, dem Wirtschaftsstandort Deutschland insbesondere international zu schaden. Bemerkenswert ist ja, dass die LINKE dieses Enteignungsverfahren auch deshalb begrüßt, weil sie in Zukunft dessen Anwendungsbereich auf andere Wirtschaftszweige erweitern will.

Der von der Bundesregierung immer wieder angeführte Zeitdruck, der andere Lösungsmöglichkeiten als ein Enteignungsverfahren, etwa das oben näher geschilderte Restrukturierungsverfahren verhindere, ist selbst geschaffen. Die Probleme der HRE sind seit vielen Monaten bekannt und es war auch bekannt, dass zum 31. März Quartalszahlen vorgelegt werden müssen. Es wäre genug Zeit gewesen andere, grundsätzlichere und marktwirtschaftlichere Lösungsmöglichkeiten zu prüfen, wenn man sie ernsthaft gewollt hätte.